



Engelbert Schneider GmbH & Co. KG

Erweiterung Steinbruch Haigerloch-Weildorf

Kurzbeschreibung des Vorhabens

August 2022

Bearbeitung

arguplan GmbH
Vorholzstraße 7
76137 Karlsruhe

Tel. 07 21/16 110 12
zimmer@arguplan.de

Antragstellerin

Engelbert Schneider GmbH & Co. KG
Hanfland 1
72401 Haigerloch-Gruol

Tel. 0 74 74/95 28 0
info@schneider-haigerloch.de

Inhaltsverzeichnis

1	Antragsgegenstand und Begründung des Vorhabens.....	1
2	Beschreibung des Betriebes und der beantragten Abbauerweiterung.1	
2.1	Lage und Größe der Antragsfläche, Eigentumsverhältnisse	1
2.2	Schutzgebiete.....	1
2.3	Regionalplanausweisungen Rohstoffabbau	1
2.4	Angaben zur Lagerstätte	2
2.5	Abbautechnik und Rohstoffaufbereitung	2
2.6	Rekultivierung	3
3	Verkehrsanbindung und betriebliches Schwerverkehrsaufkommen	3
4	Emissionen von Schall, Staub und Sprengerschütterungen.....	4
5	Umweltverträglichkeit.....	4
5.1	Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit	4
5.2	Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.....	5
5.3	Schutzgut Fläche	6
5.4	Schutzgut Boden	6
5.5	Schutzgut Wasser	6
5.6	Schutzgut Luft und Klima	7
5.7	Schutzgut Landschaft.....	7
5.8	Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter.....	8
5.9	Gesamtfazit zur Umweltverträglichkeit.....	8
6	Artenschutzrechtliche Beurteilung	8
7	Naturschutzrechtlicher Ausgleich.....	9

Anlagen

- Anlage 1:** Übersichtskarte (M 1:25.000)
- Anlage 2:** Übersichtskarte Luftbild (M 1:4.000)
- Anlage 3:** Rekultivierungs- und Maßnahmenplan (M 1:3.000)

1 Antragsgegenstand und Begründung des Vorhabens

Die Engelbert Schneider GmbH & Co. KG mit Sitz in Haigerloch-Gruol beantragt gemäß § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung zur flächenmäßigen Erweiterung des bestehenden Muschelkalksteinbruches in Haigerloch-Weildorf (Zollernalbkreis) um ca. 6 ha (s. Anlage 1).

Die im genehmigten Steinbruchareal anstehenden und bei wirtschaftlicher Abbauführung noch nutzbaren Rohstoffreserven reichen bei der derzeitigen durchschnittlichen jährlichen Abbaurate und unter Beibehaltung der vorhandenen Arbeitsflächen nur noch für ca. 1 bis 2 Jahre zur Versorgung des bestehenden Schotterwerkes aus. Für die Zukunftssicherung des Betriebes muss daher eine neue Rohstoffabbaufläche erschlossen werden. Die beantragte Erweiterung des Steinbruches soll die Fortführung des Rohstoffabbaus und somit den Fortbestand des Schotterwerkes für ca. 18 Jahre sichern.

2 Beschreibung des Betriebes und der beantragten Abbauerweiterung

2.1 Lage und Größe der Antragsfläche, Eigentumsverhältnisse

Die Erweiterung soll im unmittelbaren Anschluss an die vorhandene westliche Abbauwand des bestehenden Steinbruches erfolgen. Die beantragte Erweiterungsfläche befindet sich auf Gemarkung *Weildorf* (s. Anl. 2). Die geplanten Abbauflächen befinden sich im Besitz verschiedener Landwirte, von denen die Stadt Haigerloch die Flächen erwerben und an die Fa. Schneider verpachten wird.

2.2 Schutzgebiete

Im Bereich der Erweiterungsfläche bestehen keine Ausweisungen von Naturschutz- oder Natura 2000-Gebieten. Geschützte Biotope und FFH-Mähwiesen sind innerhalb der Erweiterungsfläche ebenfalls nicht vorhanden.

Der gesamte bestehende Steinbruch sowie Teile der Erweiterungsfläche liegen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes *Eyachtal im Bereich des ehem. Landkreises Hechingen*. Mit der Antragstellung wird eine Befreiung von den Verboten der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet vom 18.03.1960 beantragt.

Die Erweiterungsfläche und dessen Umfeld befinden sich nicht innerhalb einer Zone eines Wasser- oder Quellenschutzgebietes.

2.3 Regionalplanausweisungen Rohstoffabbau

Die beantragte Erweiterungsfläche für den Steinbruch Weildorf ist in der 1. Änderung des Regionalplans Neckar-Alb 2013 als *Gebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe* ausgewiesen.

Des Weiteren besteht für die Antragsfläche eine Ausweisung als *Regionaler Grünzug*. Die Zielsetzungen des *Regionalen Grünzugs* stehen den Festlegungen zu den *Vorranggebieten für den Abbau von Rohstoffen* teilweise entgegen. In der Abwägung ist aus regionalplanerischer Sicht jedoch dem Abbau von Rohstoffen Vorrang gegenüber dem *Regionalen Grünzug* zu geben.

2.4 Angaben zur Lagerstätte

Die wirtschaftliche Rohstoffgewinnung richtet sich auf die Schichten des oberen Muschelkalks, die im Bereich des Steinbruches Weildorf in einer Gesamtmächtigkeit von knapp 80 m anstehen. Die Lagerstätte soll vollständig bis zur Grenze des mittleren Muschelkalks gewonnen werden.

Insbesondere die Kalksteinschichten unterhalb des Dolomits stellen einen hochwertigen Rohstoff dar, der für die Produktion von Schotter und Korngemischen für zahlreiche Anforderungen des Tief- und Straßenbaus geeignet ist und für die Herstellung von Beton und Asphalt benötigt wird. Die Toneinlagerungen zwischen den Muschelkalkschichten bedingen, dass im Zuge der Aufbereitung des Gesteins ein Anteil von ca. 25 % der Lagerstätte als nicht verwertbares Material ausgeschieden werden müssen.

Abzüglich der Flächen, die für die Abraum- und Abbauböschungen, für die Rampen und Fahrwege sowie für die Abstandsflächen zu Nachbargrundstücken benötigt werden, steht innerhalb der Erweiterungsfläche ein Abbauvolumen von ca. 3,6 Mio. m³ an. Der Anteil an Abraum und Boden beträgt dabei ca. 530.000 m³. Der Dolomitanteil liegt bei ca. 0,6 Mio. m³. Das gewinnbare Kalksteinvolumen beläuft sich auf ca. 2,5 Mio. m³. Demgemäß beträgt der gewinnbare Rohgesteinsanteil von Kalk und Dolomit in der Summe ca. 3,1 Mio. m³.

2.5 Abbautechnik und Rohstoffaufbereitung

Im Vorfeld der Rohstoffgewinnung werden der Oberboden und der Abraum selektiv beraumt. Das abgetragene Oberbodenmaterial wird für die Rekultivierung der vollständig aufgefüllten ehemaligen Abbauf Flächen eingesetzt. Oberboden-Material, das nicht unmittelbar zu Rekultivierungszwecken eingesetzt werden kann, wird außerhalb des Abbaus, im südlichen Randbereich der Erweiterungsfläche sowie auf einem Ackergrundstück nördlich des Steinbruches in Bodenmieten zwischengelagert.

Das Abraummaterial wird mit einem Hydraulikbagger abgetragen, auf Muldenfahrzeuge verladen und in die vollständig ausgesteinten Abbaubereiche zur Geländeauffüllung verbracht.

Die darunterliegenden Gesteinsschichten werden durch Bohren und Sprengen gelöst. Das durch die Sprengung geworfene Haufwerk wird von einem Radlader aufgenommen, auf Schwerlastkraftwagen (SKW) verladen und über diese zum Vorbrecher gefahren. Vom Vorbrecher aus wird das zerkleinerte Rohmaterial über eine abgedeckte Bandanlage zu den

Nachbrechern im Schotterwerk gefördert, wo die einzelnen Produktkörnungen und Kornmische hergestellt werden.

Die Aufbereitung des in der oberen Abbaustrosse anstehenden Dolomitgesteins erfolgt unmittelbar auf der darunterliegenden Kalksteinstrosse auf der das gesprengte Dolomithaufwerk zu liegen kommt. Dieses wird dann zur Aufbereitung ohne größere Transportwege auf eine dort stationierte mobile Brech- und Siebanlage aufgegeben.

Die innerbetrieblichen Fahr- und Förderwege werden mit der Ausdehnung des Steinbruches nach Westen bzw. Nordwesten verlängert. Eine neue Erschließung der zukünftigen Abbauflächen ist nicht erforderlich. Der Standort des bestehenden Schotterwerkes und des Vorbrechers werden für die zukünftige Betriebsphase aufrechterhalten. Eine grundsätzliche Änderung der Gewinnungs-, Förder- oder Aufbereitungstechnik ist nicht geplant. Auch mit einer relevanten Produktionssteigerung gegenüber der Ist-Situation ist nicht zu rechnen.

2.6 Rekultivierung

Nach Beendigung des Abbaus auf der tiefsten Sohle wird dieser Bereich schnellstmöglich wieder mit bindigem Abraummaterial oder unbelastetem Bodenaushub abgedeckt, um eine zusätzliche Deckschicht zum Schutz des Grundwassers aufzubauen.

Die Rekultivierungsplanung umfasst im Sinne eines Gesamtkonzeptes sowohl den konzes-sionierten Steinbruch als auch die beantragte Abbaufläche (s. Anl. 3). Im Bereich der Erweiterungsfäche ist eine Vollverfüllung vorgesehen, die eine ackerbauliche Rekultivierung entsprechend der aktuellen Nutzung ermöglicht. Die Vollverfüllung sichert auch zukünftig die Verwertung von in der Region anfallendem Erdaushub.

Im Bereich des bestehenden Steinbruches sollen in Anlehnung an die genehmigte Rekultivierungsplanung Teile der Felswände offengehalten und auf den angeschütteten Böschungen extensive Grünlandflächen angelegt werden. Hier soll ein Mosaik unterschiedlicher, naturschutzfachlich hochwertiger Offenlandstrukturen entstehen.

3 Verkehrsanbindung und betriebliches Schwerverkehrsaufkommen

Die Werksausfahrt des Steinbruches Weildorf mündet auf die Kreisstraße K 7118, die nach ca. 1 km auf die K 7117 führt. Über diese lassen sich in westlicher und südlicher Richtung die B 463 und in östlicher Richtung verschiedene Landesstraßen ohne die Notwendigkeit von Ortsdurchfahrten erreichen. Damit ist der Steinbruch Weildorf gut an den überörtlichen Verkehr angeschlossen.

Das betriebliche Schwerverkehrsaufkommen setzt sich zusammen aus den Lkw-Zu- und Abfahrten zum Transport der produzierten Baustoffe sowie des von externen Baustellen angelieferten Erdaushubmaterials. Es beläuft sich auf durchschnittlich ca. 220 Lkw-Fahrten pro Arbeitstag (Voll- und Leerfahrten bei im Mittel 20 t/Lkw). Diese beschränken sich jedoch auf die werktäglichen Betriebszeiten.

Eine Verlagerung oder sonstige Veränderung der verkehrlichen Erschließung ist nicht erforderlich. Da die beantragte Abbauerweiterung nicht mit einer Erhöhung der Produktionskapazitäten verbunden ist und die Produktion ausschließlich nachfragegebunden ist, wird sich der vorhabenbezogene Transportverkehr nicht erhöhen. Unabhängig davon sind die Produktion und damit auch der Transportverkehr saisonal und konjunkturell bedingt immer gewissen Schwankungen unterworfen.

4 Emissionen von Schall, Staub und Sprengerschütterungen

Das Niveau der zu erwartenden Emissionen an Lärm und Staub wird sich im Zuge der beantragten Abbauerweiterung gegenüber der derzeitigen Situation insgesamt nicht wesentlich ändern.

Durch die Annäherung des Steinbruchs an das westlich der Erweiterungsfläche gelegene Baugebiet und die gleichzeitige Erweiterung des Baugebietes in Richtung Osten wird sich die Immissionsituation dort zu höheren Werten hin verändern. Die im Zuge der Antragstellung erstellten Immissionsprognosen kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass die zulässigen Immissionswerte für Lärm, Feinstaub und Staubbiederschlag auch zukünftig eingehalten werden können.

Hinsichtlich der zu erwartenden Sprengerschütterungen kommt ein sprengtechnisches Gutachten zu dem Schluss, dass die Anhalts- bzw. Immissionsrichtwerte der DIN 4150-2 (Einwirkungen auf Menschen in Gebäuden) und 4150-3 (Einwirkungen auf bauliche Anlagen) bei Umsetzung von Minimierungsmaßnahmen sicher eingehalten werden können. Die sichere Unterschreitung der zulässigen Werte soll durch ein abbaubegleitendes Monitoring mit kontinuierlichen Erschütterungsmessungen gewährleistet werden.

5 Umweltverträglichkeit

5.1 Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit

Die kürzeste Distanz zwischen den umliegenden Siedlungs- und Wohnbauflächen und der Abbaugrenze beträgt ca. 250 m (s. Anl. 2).

Das Staub-Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die zulässigen Immissions-Jahreswerte für die Gesamtbelastung für Schwebstaub und Staubbiederschlag in den bestehenden Wohn- und Mischgebieten, an den Wohngebäuden im Außenbereich sowie im Bereich zukünftiger Wohnbauflächen auch an den am höchsten belasteten Beurteilungspunkten unterschritten werden.

Im Rahmen der Untersuchungen zum Schall-Gutachten konnte festgestellt werden, dass die zulässigen Immissionsrichtwerte an allen betrachteten Immissionsorten in Haigerloch, Weildorf sowie auch im Bereich des Baugebietes *Trillfinger Steig II* eingehalten werden.

Zur Verringerung von Erschütterungswirkungen wurde die Abbauplanung so ausgelegt, dass entlang der südlichen Grenze jeweils dem restlichen Abbau vorauslaufend ein Korridor vorangetrieben wird, der die Ausbreitung der Sprengerschütterungen in südliche Richtung (Richtung Haigerloch) reduziert. Außerdem wurde die Hauptabbaurichtung so gedreht, dass die maßgeblichen Erschütterungskräfte zukünftig an den Wohngebieten von Weildorf vorbeigeleitet werden.

Die Einhaltung der zulässigen Anhalts- bzw. Immissionsrichtwerte während des weiteren Abbaus werden durch Erschütterungsmessungen in Dauermessstationen in Weildorf und Haigerloch überwacht. Bei Annäherung des Erschütterungsniveaus an die Anhalts- bzw. Immissionsrichtwerte können frühzeitig die entsprechenden Parameter der Sprengtechnik angepasst und somit Grenzwertüberschreitungen vermieden werden. Das sprengtechnische Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die zulässigen Anhalts- bzw. Immissionsrichtwerte der DIN 4150-2, die die Erschütterungswirkungen Einwirkungen auf Menschen in Gebäuden bewertet, sicher eingehalten bzw. unterschritten werden können.

Da die beantragte Abbauerweiterung nicht mit einer Erhöhung der Produktionskapazitäten verbunden ist, wird sich der vorhabenbezogene Transportverkehr nicht erhöhen.

Einrichtungen der landschaftsgebundenen Erholung (Grillstellen, Hütten, Spielplätze etc.) bestehen innerhalb der Erweiterungsfläche und in ihrem Umfeld nicht.

5.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Die beantragte Erweiterungsfläche wird vollständig ackerbaulich genutzt und weist nur eine geringe naturschutzfachliche Wertigkeit auf. Einem kleinen Gehölzbestand kommt aufgrund des Vorkommens einer wertgebenden Brutvogelart eine hohe naturschutzfachliche Wertigkeit zu. Im Rahmen einer vorgezogenen Ausgleichsmaßnahme soll im Norden des bestehenden Steinbruchs ein vergleichbarer Gehölzbestand angelegt werden.

Die naturschutzfachliche Wertigkeit der vorhandenen Biotope kann durch die Wiederherstellung vergleichbarer Biotoptypen im Zuge der Rekultivierung ausgeglichen werden.

Der innerhalb des Untersuchungsraumes aufgenommene Artenbestand lässt keine erhöhte Empfindlichkeit im Hinblick auf Staub- und Lärmemissionen erkennen. Auch die seit mehreren Jahren innerhalb des bestehenden Steinbruchs brütende Mehlschwalbenkolonie weist trotz der Abbautätigkeiten eine positive Bestandsentwicklung auf. Eine artenschutzrechtliche Prüfung kommt zu dem Ergebnis, dass nicht mit einem Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände im Zuge der geplanten Erweiterung zu rechnen ist.

Weitere Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sind nicht zu erwarten.

5.3 Schutzgut Fläche

Für die Dauer des Rohstoffabbaus sowie der Wiederverfüllung und Rekultivierung des Steinbruchs ändert sich die Nutzung der Fläche grundlegend. Ein Flächenverbrauch im Sinne eines dauerhaften Verlustes geht von dem Abbauvorhaben aufgrund der Wiederverfüllung und Rekultivierung der abgebauten Lagerstätte jedoch nicht aus.

Langfristig wird die Erweiterungsfläche wieder ihre ursprünglichen Funktionen als landwirtschaftliche Nutzfläche erfüllen können.

Durch die Wiederverfüllung des Steinbruchs mit Abraum, nicht verwertbarem Gestein sowie unbelastetem Erdaushub werden zudem Flächen geschont, die ansonsten für die Deponierung dieser Materialien in Anspruch genommen würden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass eine dauerhafte Beeinträchtigung des Schutzguts Fläche nicht eintritt.

5.4 Schutzgut Boden

Im Fall der Ackerböden, die im Zuge der Rekultivierung wiederhergestellt werden, führt der Eingriff in das Schutzgut Boden zu einem zeitlich begrenzten Verlust der Bodenfunktionen. Nach dem Rohstoffabbau werden auf der Erweiterungsfläche Ackerböden im ursprünglichen Umfang wiederhergestellt. Zur Bodenrekultivierung soll das im Zuge des Abbaus anfallende Oberbodenmaterial herangezogen werden. Für die Zwischenlagerung des Oberbodens werden außerhalb des geplanten Abbaus zwei Bodenlagerflächen vorgehalten (s. Anl. 2). Zusätzlich ist die Annahme von geeigneten Fremdbodensubstraten erforderlich.

Mit der vorgesehenen Bodenauftragsmächtigkeit können bei fachgerechter Durchführung der Rekultivierung wieder hochwertige Ackerböden geschaffen werden, die die Leistungsfähigkeit des ursprünglichen Bodenbestands erreichen. Daher kann der Eingriff in das Schutzgut Boden ausgeglichen werden.

5.5 Schutzgut Wasser

In der Erweiterungsfläche sind keine Oberflächengewässer vorhanden. Wasserschutzgebiete oder Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen sind im Bereich des Steinbruches und in dessen Umfeld nicht ausgewiesen.

Das auf den offenen Steinbruchflächen und den Betriebsflächen des Schotterwerkes auftreffende Niederschlagswasser wird gesammelt und für betriebliche Zwecke verwendet. Bei starken oder langanhaltenden Niederschlägen wird das anfallende Überschusswasser über eine Wasserreinigungsanlage geführt und abgeleitet. Auf diese Weise kann gewährleistet werden, dass keine unzulässigen Verunreinigungen oder Trübungen der umliegenden Fließgewässer verursacht werden.

Durch den Abbau werden im Erweiterungsgebiet Teile der schützenden Deckschichten für das Grundwasser beseitigt. Während des Abbaus verbleibt über dem höchsten gemessenen

Grundwasserstand eine ca. 4 m mächtige Deckschicht. Eine Absenkung des Grundwasserspiegels zur Trockenhaltung des Abbaubereichs ist daher nicht erforderlich

Durch hydrogeologische Versuche konnte nachgewiesen werden, dass sich selbst im Fall einer Grundwasserabsenkung im Abbaubereich keine Beeinträchtigung des Grundwasserdargebots in den Brunnen im Umfeld des Steinbruchs ergeben würde.

Durch die Verfüllung mit grubeneigenem Material und unbelastetem Erdaushub werden wieder Deckschichten aufgebaut, die die Schutzfunktion für das Grundwasser übernehmen. Somit wird durch die geplante Rekultivierung die Schutzfunktion für den Grundwasserleiter langfristig wiederhergestellt.

Mit vorhabensbedingten relevanten Auswirkungen auf das Grundwasser oder auf Oberflächengewässer ist nicht zu rechnen.

Die Vereinbarkeit des beantragten Vorhabens mit den Bewirtschaftungszielen der Wasserrahmenrichtlinie ist gegeben, da nicht gegen das Verschlechterungsverbot verstoßen wird.

5.6 Schutzgut Luft und Klima

Die Vorhabensfläche besitzt keine hervorgehobene bioklimatische Bedeutung, sodass eine erhebliche Beeinflussung des Lokalklimas durch die Umsetzung des Vorhabens nicht zu befürchten ist. Aufgrund der Kleinflächigkeit der Steinbrucherweiterung sind weiterhin keine großklimatischen Auswirkungen zu erwarten.

Im Zuge des beantragten weiteren Rohstoffabbaus sind keine grundlegenden Veränderungen der Betriebsweise und der Förderrate geplant. Somit ist nicht mit einer erheblichen Veränderung der Staubemissionen und damit der lufthygienischen Verhältnisse gegenüber der bestehenden Situation zu rechnen.

5.7 Schutzgut Landschaft

Das Landschaftsbild wird durch das Erweiterungsvorhaben zwar verändert, diese Veränderungen führen unter Berücksichtigung der Vorbelastung des Landschaftsbildes durch den bestehenden Steinbruch und der eingeschränkten Einsehbarkeit des Abbaubereichs nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgutes Landschaft. Vor diesem Hintergrund können negative Auswirkungen des Abbauvorhabens auf das direkt angrenzende Landschaftsschutzgebiet *Eyachtal im Bereich des ehem. Landkreises Hechingen* ausgeschlossen werden.

Sichtbeziehung zum Steinbruch bestehen nur von einzelnen Punkten der südlich der Erweiterungsfläche gelegenen Siedlungsbereichen und nur, wenn die Gehölzbestände zwischen Wohngebiet und Erweiterungsfläche nicht belaubt sind.

Mit der teilweisen Wiederverfüllung der abgebauten Flächen und einer landschaftsgerechten Modellierung fügt sich der rekultivierte Steinbruch wieder in die umliegende Landschaft ein.

5.8 Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Im Bereich der Antragsfläche sind zwei Hinweise auf archäologische Fundstellen bekannt. Hier werden in Absprache mit dem Landesdenkmalamt vor Beginn der Abbautätigkeiten stichprobenartige Voruntersuchungen durchgeführt.

Nach den Ergebnissen des sprengtechnischen Gutachtens können unzulässige Erschütterungswirkungen auf Wohn- oder sonstige Gebäude, die zu einer Schädigung der Bausubstanz führen könnten, sicher ausgeschlossen werden.

Relevante Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter sind durch die beantragte Steinbrucherweiterung nicht verbunden.

5.9 Gesamtfazit zur Umweltverträglichkeit

Der Bericht zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Bericht) kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass im Zuge der beantragten Erweiterung des Steinbruches Haigerloch-Weildorf der Engelbert Schneider GmbH & Co. KG unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen die Schutzgüter Mensch insbesondere die menschliche Gesundheit, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft sowie kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter weder durch direkte oder indirekte noch durch sekundäre, kumulative, grenzüberschreitende, mittel- oder langfristige, ständige oder vorübergehende negative Auswirkungen erheblich beeinträchtigt werden.

6 Artenschutzrechtliche Beurteilung

In der beantragten Erweiterungsfläche wurden zwei wertgebende Vogelarten festgestellt. Weitere wertgebende Arten anderer Artengruppen wurden innerhalb der Erweiterungsfläche nicht festgestellt.

Weitere zwei wertgebende Brutvogelarten wurden innerhalb des Steinbruchs festgestellt. Bei einer Art handelt es sich um die als gefährdet eingestufte Mehlschwalbe, von der seit einigen Jahren eine Kolonie im Steinbruch Weildorf brütet. Bei der Art des Flussregenpfeifers besteht bisher nur ein Brutverdacht.

Bei Umsetzung von vorgezogenen Vermeidungsmaßnahmen sowie der erforderlichen vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen werden durch die beantragte Erweiterung des Steinbruchs Haigerloch-Weildorf die Verbotstatbestände des § 44 Bundesnaturschutzgesetz nicht ausgelöst.

7 Naturschutzrechtlicher Ausgleich

Dem Ausgleich der vorhabensbedingten Eingriffe in Natur und Landschaft soll insbesondere die geplante Rekultivierung der Abbauflächen dienen. Im Sinne einer Gesamtkonzeption wurde auch die heutige Abbaufläche in die Rekultivierungsplanung einbezogen. Diese sieht die vollständige Wiederverfüllung der Erweiterungsfläche und eine Teilverfüllung der bereits genehmigten Abbauflächen vor (s. Anl. 3).

Neben der Wiederherstellung landwirtschaftlicher Nutzflächen ist die Anlage naturschutzfachlich hochwertiger Biotopelemente wie Kleingewässer, offene Felswände, Gehölzbestände und Sukzessionsflächen geplant.

Die Eingriffs-/Ausgleichbilanzierung für das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt kommt zu dem Ergebnis, dass die vor Eingriffsbeginn innerhalb der Erweiterungsfläche vorhandenen Biotopfunktionen und -wertigkeiten wiederhergestellt bzw. bereits dem Eingriff vorauslaufend an anderer Stelle im nahen Umfeld ersetzt werden.

Bezogen auf die gesamte Steinbruchfläche werden die rekultivierten Abbauflächen nach Umsetzung der neu erarbeiteten Rekultivierungsplanung eine höhere naturschutzfachliche Wertigkeit aufweisen als der Biotopbestand vor Beginn der Abbautätigkeiten.

Dem Ausgleich für die Eingriffsdauer dienen die temporären Pionierlebensräume, die sich während der Betriebsdauer des Steinbruches und auch in der Rekultivierungsphase an wechselnden Stellen innerhalb des Steinbruches ausbilden und die demgemäß als "Wanderbiotope" bezeichnet werden. Hier insbesondere hervorzuheben ist die Mehlschwalbenkolonie, die in den vergangenen Jahren in zunehmendem Umfang die offenen Felswände des Steinbruches für die Anlage ihrer Bruthöhlen nutzt.

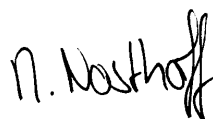
Beim Schutzgut Boden kann der Eingriff in die innerhalb der beantragten Erweiterungsfläche anstehenden mittel- und hochwertigen Böden durch die für die landwirtschaftliche Folgenutzung vorgesehene qualifizierte Bodenrekultivierung nach Wiedereinbau des zwischengelagerten Oberbodens ausgeglichen werden.

Erstellt im Auftrag der Engelbert Schneider GmbH & Co. KG

Karlsruhe, den 29.08.2022



Dr. S. Zimmer
arguplan GmbH



M. Nosthoff
Dipl.-Biologin